Inhaltsübersicht

Inh	altsverzeichnis	XI
Lite	eraturverzeichnis	LIII
Abl	kürzungsverzeichnis	LV
Α.	Grundlagen des Unterhaltsrechts	1
_	-	7
В.	Der Unterhalt für minderjährige sowie volljährige Kinder	
C.	Anspruch auf Familienunterhalt sowie Trennungsunterhalt	143
D.	Der Unterhalt für die Zeit nach Scheidung der Ehe	175
E.	Unterhalt im Zusammenhang mit der Aufhebung der Ehe	303
F.	Bedarf sowie Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten	311
G.	Herabsetzung und zeitliche Begrenzung des Unterhalts wegen Unbilligkeit nach § 1578b BGB	409
H.	Unterhaltsrechtliche Härteklausel des § 1579 BGB	457
I.	Leistungsfähigkeit des Unterhaltsschuldners, Rangfolge	533
J.	Anspruch auf Elternunterhalt	607
K.	Der Unterhalt von Mutter und Vater aus Anlass der Geburt	627
L.	Weitere Regelungsbereiche des nachehelichen Unterhalts	651
M.	Umfang der Auskunfts- und Belegpflicht im Unterhalt	669
N.	Ausgewählte Regelungsbereiche zur Bestimmung des unterhaltsrelevanten Einkommens	691
O.	Vereinbarungen im Unterhaltsrecht – Überblick	701
Stic	hwortverzeichnis	721

Litera	nturverzeichnis	LIII
Abkü	rzungsverzeichnis	LV
1.0	11 1 17 1 1 1 1 1	,
	rundlagen des Unterhaltsrechts	1
I.	0 0	1
II	8 8	1
II		
	vertragliche Regelungen zum Unterhalt	3
IV	0 0	
	durch 1. EheRG	4
V.	Weitere Entwicklungen des Unterhaltsrechts	5 5
V	I. Änderungen des Kindesunterhaltsrechts	5
B. D	er Unterhalt für minderjährige sowie volljährige Kinder	7
I.	Grundlagen des Kindesunterhalts	7
	1. Rechtsgrund der Unterhaltspflicht	,
	aus Verwandtschaft	7
	2. Reichweite des gesetzlich geregelten Kindesunterhalts	7
	a) Ableitung des Unterhaltsanspruchs	,
	aus Eltern-Kind-Verhältnis	7
	b) Begründung des Unterhaltsverhältnisses	8
	c) Unterhaltspflicht aufgrund vertraglicher	O
		9
	Grundlage	9
	3. Art der Unterhaltsgewährung	9
	a) Inhalt der gesetzlichen Vorschriften zum	0
	Bar-, Betreuungs- und Naturalunterhalt	9
	b) Inhalt der Unterhaltsgewährung nach	
	§ 1612 BGB	10
	aa) Grundsatz	10
	bb) Gewährung einer kostenfreien Wohnung	
	durch Unterhaltspflichtigen als	
	Unterhaltsgewährung in anderer Art	11
	c) Bestimmungsrecht für minderjährige	
	und volljährige Kinder	12

	d)	Wirksamkeitsprüfung der	
		Unterhaltsbestimmung	13
	e)	Verfahren zur Prüfung der Wirksamkeit	
		der Unterhaltsbestimmung	13
	f)	Rücksichtnahme auf die Belange des Kindes	
		als Voraussetzung	14
	g)	Unwirksamkeitsgründe	15
	h)	Restanspruch	16
4.	Ďе	r Unterhaltsanspruch eines Kindes als Teil	
		Familienunterhalts nach § 1360 BGB	16
5.		ndesunterhalt ab Volljährigkeit	17
	a)	Fortbestehende Identität über	,
	,	18. Lebensjahr hinaus	17
	b)	Verfahrensfolgen der fortbestehenden Identität	18
	c)	Abänderung eines bestehenden Titels des bisher	10
	٠,	allein barunterhaltspflichtigen Elternteils nach	
		Eintritt der Volljährigkeit	19
6.	Sac	chliche Voraussetzungen des Unterhaltsanspruchs	20
٠.	a)	Bedarf, Bedürftigkeit, Leistungsfähigkeit	20
	b)	Gesteigerte Unterhaltspflicht, Rangfolge,	20
	U)	Sonderbedarf	20
	c)	Verjährung des Kindesunterhalts, Sonderfall	20
	<i>C)</i>	bei Legalzession	21
7.	Red	darf minderjähriger und volljähriger Kinder	21
· •	a)	Der Begriff der Lebensstellung des Kindes	21
	b)	Selbständige Lebensstellung volljähriger Kinder,	
	υ)	studierende Kinder	22
		aa) Bedarf bei verselbständigter Lebensstellung	22
		bb) Unterhaltspflicht bei geistiger oder	
		körperlicher Behinderung des Kindes;	
		Berücksichtigung bedürftigkeitsabhängiger	
		Sozialleistungen	23
		cc) Bedarf eines studierenden Kindes	24
	c)	Gesetzliche Definition des Mindestunterhalts	25
	d)	Statischer und dynamischer Individualunterhalt	
	α,	nach § 1612a Abs. 1 BGB	25
	e)	Begriff des Mindestunterhalts	
	٠,	nach § 1612a Abs. 1 BGB	26
	f)	§ 1612a Abs. 1 BGB als gesetzlich	
	-/	geregelte Bezugsgröße	27
	g)	Mindestunterhalt der vierten Altersstufe	27
	g) h)	Funktion des Mindestunterhalts	/
	/	als Beweislastregel	28
			_0

		Inhaltsverzeichnis	XIII
		i) Mindestunterhalt bei Einkommen des nicht barunterhaltspflichtigen Elternteils	29
		j) Methode der Bestimmung der Prozentsätze zur Dynamisierung des Unterhalts	30
		Unterhaltstitel, Begrenzung im Vereinfachten Verfahren nach §§ 249 ff. FamFG	31 32
		aa) Abgrenzung zum laufenden Unterhalt, Krankenversicherung bb) Abgrenzung eines Mehrbedarfs von	32
		einem der Düsseldorfer Tabelle zugrunde liegenden Bedarf	33
		cc) Aufwendungen für die Krankenversicherung eines Kindes als Mehrbedarf dd) Unregelmäßiger und außergewöhnlich	34
		hoher Bedarf	34 35
II.	8. Lei	Bestimmung des Bedarfs des Kindes bei gehobenen Einkommensverhältnissens stungsfähigkeit bei Unterhaltspflicht gegenüber	37
11.	mii 1.	nderjährigen sowie volljährigen Kindern Grundlagen; maßgebliche Kriterien	39 39
	 3. 	Selbstbehalt bei minderjährigen und volljährigen Kindern	40
	4.	Hausmannfällen durch Familienunterhalt Bemessung des notwendigen Selbstbehalts bei	41
	5.	günstigem Lebensaufwand durch Partnerschaft Erhöhung der Selbstbehaltssätze wegen	41
	6.	zwangsläufiger Belastungen Der Begriff der gesteigerten Einstandspflicht der Eltern nach § 1603 Abs. 2 S. 1, 2 BGB bei	42
	7.	fehlender oder begrenzter Leistungsfähigkeit Die Feststellung der Leistungsfähigkeit auf der	43
		Grundlage des Einkommens des Unterhaltspflichtigen a) Einkommen als Voraussetzung	43
		der Leistungsfähigkeit	43 44
		Verlust des Arbeitsplatzes	46
		Aufache des Arbeitsplatzes	46

8.

e)	Aufgabe eines Arbeitsplatzes zur Aufnahme einer	
	Ausbildung bzw. Weiterbildungsmaßnahme	47
f)	Erwerbsobliegenheit bei Verlust des Arbeitsplatzes,	
	Erhebung einer Kündigungsschutzklage	48
g)	Zurechnung des früheren Einkommens,	
0.	Bindung an Verletzung der Obliegenheit	49
h)	Einkommensfiktion bei nicht hinreichenden	
	Einkünften, Umfang einer Nebentätigkeit;	
	Höhe des fingierten Einkommens	50
i)	Arbeitsrechtliches Verbot zur Aufnahme	
	einer Nebenerwerbstätigkeit	51
j)	Pflicht zur Aufgabe einer selbständigen	
	Erwerbstätigkeit	
	bei nachhaltiger Ertragslosigkeit	51
k)	Kürzung berufsbedingter Aufwendungen bei	
	beschränkter Leistungsfähigkeit, Nutzung	
	öffentlicher Verkehrsmittel anstelle einer	
	PKW-Nutzung	52
1)	Leistungsfähigkeit nach § 1603 Abs. 1, 2 BGB	
	bei Verbüßung einer Strafhaft	52
m)		
	Elternteils, Leistungsfähigkeit bei bestehendem	
	Familienunterhalt sowie Bezug von Elterngeld	53
n)	Gesteigerte Unterhaltspflicht und doppelte	
	Bezugsdauer von Elterngeldleistungen	54
0)	Umfang der Erwerbsobliegenheit bei Hausfrau/	
	-mann-Rolle	54
p)	Einsatz einer arbeitsrechtlichen Abfindung bei	
	fehlender Leistungsfähigkeit	57
q)	Leistungsfähigkeit und Nutzungsvorteile aus	
	einem Eigenheim; Berücksichtigung von	-
	Verbindlichkeiten	60
	aa) Grundlagen	60
	bb) Bestimmung der Leistungsfähigkeit	(0
	im Kindesunterhalt	60
	cc) Berücksichtigung von Tilgungsleistungen	(1
\	bei Wohnimmobilie im Kindesunterhalt	61
r)	Verwertung des Vermögensstammes	62
s)	Grundlagen der Darlegungs-und Beweislast bei	64
17-	beschränkter bzw. fehlender Leistungsfähigkeit	64
	rbindlichkeiten und Leistungsfähigkeit des	
	nterhaltsschuldners, Antrag auf	65
v e	rbraucherinsolvenz	65

			Inhaltsverzeichnis	XV
		a)	Grundlagen zur Berücksichtigung von Verbindlichkeiten beim Kindesunterhalt	65
		b)	Obliegenheit zur Stellung eines	0)
		-/	Verbraucherinsolvenzantrags	66
		c)	Verfahrensrechtliche Folgen einer	
			Verbraucherinsolvenz im laufenden	
			Unterhaltsverfahren	67
III.			ung des staatlichen Kindergeldes bei der	
			sung des Unterhaltsanspruchs	68
	1.		undlagen	68
		a)	Anspruchsberechtigung	68
		b)	Zeitliche Begrenzung des Kindergeldes	69
		c)	Verdrängung des Kindergeldes durch andere	
		1\	Leistungen	69
		d)	Keine Berücksichtigung des Kinderzuschlags	
		T.	nach § 6a BKGG im Unterhalt	70
	2.		ndergeldausgleich nach § 1612b BGB	70
		a)	Deckung des Barbedarfs durch Kindergeld	70
		p)	Prinzip des Kindergeldausgleichs	71
		c)	Volljähriges Kind außerhalb des Haushalts	72
		d)	Kindergeldverrechnung im Mangelfall	73
		e)	Bedarfsdeckende Wirkung bei	74
		\cap	volljährigen Kindern	74
		f)	Auswirkungen bei Zusammentreffen minder-	7/
		~)	jähriger sowie volljähriger privilegierter Kinder	74 75
		g)	Kindergeldersatzleistungen nach § 1612c BGB	75
		h)	Bedarf und Kindergeldverrechnung bei	75
	3.	D o	auswärtig untergebrachtem Kind	/)
	3.		handlung des Kindergelds bei einem im sland lebenden Unterhaltspflichtigen	76
IV.	Δnt		ge Haftung bei Zusammentreffen eines	70
1 V.			gierten volljährigen Kindes und eines	
			rjährigen Kindes	77
	1.	Gr	undsatz bei Zusammentreffen minderjähriger	//
	1.		d volljähriger Kinder	77
	2.		lgen der Gleichstellung bei Anteilsberechnung	77
	3.		leinhaftung eines Elternteils im Fall der	/ /
	٥.		nteilshaftung nach § 1606 Abs. 3 S. 1 BGB	80
		a)	Grundsatz	80
		b)	Fingiertes Einkommen eines Elternteils	81
V.	Bes	,	änkte gesteigerte Einstandspflicht bei Vorliegen	01
٠.			nderen leistungsfähigen Verwandten,	
			Abs. 2 S. 3 BGB	82
	٠ ـ ر			

	1. Begriff eines anderen leistungsfähigen Verwandten	82
	2. Voraussetzungen der Ersatzhaftung	
	des betreuenden Elternteils	83
	3. Erfassung der Naturalunterhaltsleistungen	
	des betreuenden Elternteils	85
	4. Auswirkungen der Naturalunterhaltspflicht	
	bei besonderen Ausnahmefällen	86
VI.	Ersatzhaftung des anderen Elternteils und nachrangiger	
	Verwandter bei leistungsunfähigem Elternteil; gesetzlicher	
	Forderungsübergang nach § 1607 BGB	87
	1. Gesetzlich bestimmte Reihenfolge der Haftung	87
	2. Grundlagen der Ersatzhaftung beim Kindesunterhalt	
	gemäß § 1607 Abs. 1, 2 BGB	88
	a) Originäre Haftung nach § 1607 Abs. 1 BGB	88
	b) Subsidiäre Haftung nachrangiger	
	Unterhaltspflichtiger, Rechtsübergang	90
	c) Keine Geltendmachung zum Nachteil des	
	Unterhaltsberechtigten, 1607 Abs. 4 BGB	91
	3. Forderungsübergang bei Unterhaltsleistungen	
	eines nicht unterhaltspflichtigen Dritten,	
	§ 1607 Abs. 3 BGB	92
	a) Normzweck	92
	b) Regress des Scheinvaters	92
VII.	Wechselmodell im Kindesunterhalt	94
	1. Grundlegende Problematik in Bezug auf	
	bisherige BGH-Rechtsprechung	94
	2. Voraussetzungen eines symmetrischen	
	Wechselmodells nach BGH	94
	3. Rechengang nach BGH, Zuordnung Kindergeld	95
	4. Erleichterte Vertretungsbefugnis –	
	Änderung der BGH-Rechtsprechung	98
	5. Unterhaltszahlungen im symmetrischen	
	Wechselmodell	99
	6. Wechselmodell bei abweichender Betreuungsquote –	
	asymmetrisches Wechselmodell	101
	a) Grundlagen	101
	b) Modell nach dem Referentenentwurf des	
	Bundesministeriums der Justiz	102
	c) Berechnungsmodell	103
	d) Bewertung und Kritik	104
	7. Zuordnung des Kindergeldbezugs im Wechselmodell.	106
	8. Erwerbsobliegenheit bei bestehendem Wechselmodell	106
VIII.	Unterhalt wegen Ausbildung	107

		Inhaltsverzeichnis	XVII
	1. 2.	Rechtliche Grundlagen	107
	3.	erstmalige Ausbildung und eine Zweitausbildung Voraussetzungen des Anspruchs auf eine	108
		angemessene Erstausbildung	108
	4.	Schwangerschaft der Auszubildenden	112
	5.	Anspruch auf Zweitausbildung, Abitur-Lehre-	
		Studium-Fälle	113
IX.		schränkung oder Wegfall des Unterhaltsanspruchs	115
	(Ha	ärteklausel)	115
	1.	\$ 1618a BGB	115
	2.	Voraussetzungen der Anwendung der Härtefallklausel.	116
	3.	Begriff des sittliches Verschuldens	116
	4.	Gröbliche Vernachlässigung der eigenen	110
		Unterhaltspflicht	117
	5.	Vorsätzliche schwere Verfehlung	118
	6.	Kontaktverweigerung, Kränkung	119
	7.	Wirkung für die Zukunft, Verzeihung	120
	8.	Rechtsfolgen	120
	9.	Keine Anwendung bei minderjährigen Kindern	121
	10.	Kein Rückgriff auf Mit- oder Ersatzverpflichtete,	
		Ausnahme bei anteiliger Haftung	121
	11.	Durchsetzung eines Auskunftsanspruch	122
X.	Б	nach § 1605 BGB, Verhältnis zu § 117 SGB XII	122
Λ.	ran	milienrechtlicher Ausgleichsanspruch	123 123
	2.	Grundlagen	123
	3.	Höhe des Anspruchs	125
	<i>3</i> . 4.	Konkurrenz des Ausgleichsanspruchs zum	12)
	1.	verbleibenden Unterhaltsanspruchs des Kindes	125
	5.	Verhältnis zum Abänderungsverfahren nach	
		§ 239 FamFG – Geltendmachung im	
		Unterhaltsverfahren	. 126
		a) Abänderungsverfahren als Sperre	126
		b) Reichweite der Entscheidung des BGH	127
		c) Geltendmachung des Anspruchs in einem	
		neuen Verfahren oder Antragsänderung durch	
		bisher vertretungsbefugten Elternteil	. 127
	6.	Weitere Voraussetzungen zur Durchsetzung	
***		des Ausgleichsanspruchs	128
XI.		e Durchsetzung rückständiger Unterhaltsansprüche	100
	im	Kindesunterhalt	128

	1.	Grundlagen, Verzug ohne Mahnung	128
	2.	Verzugswirkung bei hoher Mahnung	129
	3.	Stufenmahnung, Stufenantrag	129
		a) Verfahrensmäßige Auswirkungen	129
		b) Durchsetzungsprobleme bei rückwirkender	
		Erhöhung des bezifferten Unterhalts	130
	4.	Umfang der Warnfunktion einer Stufenmahnung,	
		Mehrbedarf des Kindes, Bedarf des Elternteils	131
	5.	Unterhalt für die Vergangenheit; Billigkeitsprüfung	
		bei hohen Nachforderungen, § 1613 Abs. 3 BGB	133
	6.	Verzugszinsen bei Verbindlichkeiten aus Unterhalt	134
XII.	Bes	sondere Verfahrensfragen im Bereich	
	des	Kindesunterhalts	134
	1.	Änderung der Düsseldorfer Tabelle als	
		Abänderungsgrund i.S.d. § 238 Abs. 1, 4 FamFG	134
	2.	Abänderungsantrag eines volljährigen Kindes gegen	
		einen vor dem 18. Lebensjahr errichteten	
		Unterhaltstitel	135
	3.	Anspruch auf unbefristeten Unterhaltstitel	
		über Eintritt der Volljährigkeit hinaus	138
	4.	Abänderungsverfahren bei Unterhaltstitel des	
		Elternteils in Verfahrensstandschaft nach	
		§ 1629 Abs. 3 S. 1 BGB	139
	5.	Beendigung der gesetzlichen Verfahrensstandschaft	
		nach § 1629 Abs. 3 BGB mit Eintritt der Volljährigkeit	
		sowie im Fall der Rechtskraft der Scheidung	141
	6.	Unzulässigkeit der Rückübertragung	
		übergegangener Unterhaltsansprüche	141
	7.	Konkurrenz von Beistandschaft des Jugendamts	
		und Verfahrensstandschaft eines Elternteils	142
C Anon	1	auf Familienunterhalt sowie Trennungsunterhalt	143
I.		undsätze des Ehegattenunterhalts	143
II.		milienunterhalt nach §§ 1360, 1360a BGB	143
11.	1.	Grundlagen	144
	2.	Abgrenzung zum Trennungsunterhalt	144
	۷.	nach § 1361 BGB, stationäre Pflege	144
	3.	Familienunterhalt und Kindesunterhalt	145
	<i>3</i> . 4.	Wirtschaftsgeld, Anspruch auf angemessene	17)
	1.	Teilhabe bei beiderseitigen Einkünften	146
		a) Sicherstellung des Wirtschaftsgelds	146
		b) Zweckbindung; Pfändbarkeit, Rücklagen	110
		für Anschaffungen	147

		Inhaltsverze	ichnis	XIX
		c) Auswirkungen unterse	chiedlicher Beiträge	
			lt	
	5.	Finanzierung der Ausbildu	ıng durch einen Ehegatten	148
	6.	Taschengeld		148
		a) Anspruchsgrund, Hö	6he	148
		b) Obliegenheit zum Ei	nsatz für Anspruch auf	
		Barunterhalt eines U	nterhaltsberechtigten	149
	7.	Fehlende Identität zwisch	nen Familienunterhalt und	
		dem Trennungsunterhalt,	verfahrensrechtliche Folgen	. 150
	8.	Fragen zum Kostenvorsch	nuss und zur	
		Verfahrenskostenhilfe .		151
		a) Grundlagen		151
		b) Begriff der persönlich	nen Angelegenheit	151
			it	153
		d) Reichweite des Koste	nvorschusses	153
			nrenskostenhilfe	154
		f) Verfahrenskostenvors	schuss für minderjährige	
			er	154
		g) Rückforderung eines		
				155
		h) Kein Kostenvorschus	s zwischen geschiedenen	
		Ehegatten sowie Beti		
				155
			und Verfahrensstandschaft	
				. 156
		j) Aussicht auf Erfolg, l		
				156
III.	Gr		ach § 1361 BGB	157
	1.		18	157
	2.		renntlebensunterhalts	158
	3.	Keine Begrenzung bzw. I		-,-
			h § 1578b BGB	158
	4.	Begriff der persönlichen V		
			ounkt der Wiederaufnahme	
				159
		a) Umfang der Erwerbs	obliegenheit	159
			nme einer Erwerbstätigkeit	159
			werbstätigkeit	161
		d) Erwerbsobliegenheit		101
			es Unterhaltspflichtigen	161
		e) Lange Trennungszeit		101
		Verselbständigung		162

		f) Weitere Abwägungskriterien zur Prüfung	
		eines Anspruchs	162
	5.	Beweislast	163
	6.	Beschränkte Dispositionsbefugnis; Unzulässigkeit	
		des Verzichts auf Trennungsunterhalt	164
	7.	Mahnung und Verzug	165
		a) Keine Wirkung für nachehelichen Unterhalt	165
		b) Kein Wegfall des Schuldnerverzugs	166
	8.	Vorsorgeunterhalt wegen Krankheit, Pflegebedürftig-	
		keit sowie den Fall des Alters und Invalidität	166
	9.	Exakter Zeitpunkt der Beendigung des	
		Trennungsunterhalts	167
	10.	Erlöschen des Anspruchs bei Rechtskraft des Scheidung	
		sowie Versöhnung, Wegfall einer Titulierung	167
	11.	Verwirkung des Trennungsunterhalts bei längerer	
		Nichtgeltendmachung	168
		a) Verwirkung nur hinsichtlich rückständigen	
		Unterhalts	168
		b) Begriff des Umstandsmoments	169
		c) Verwirkung bei geltend gemachtem Teilbetrag .	172
		d) Begriff des Rechtsverfolgungswillens	172
		e) Ausdehnung auf titulierte Unterhaltsansprüche	172
		f) Verwirkung bei verzögerter	-, -
		Vaterschaftsfeststellung	173
		8	
D. Der	Unte	erhalt für die Zeit nach Scheidung der Ehe	175
I.	Ans	spruch auf Unterhalt für die Zeit nach	
		neidung der Ehe	175
	1.	Rechtspolitische Grundlagen des	
		nachehelichen Unterhalts	175
	2.	Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit	176
	3.	Ehebezogene Unterhaltsbedürftigkeit,	
		Rechtsnatur des Anspruchs	177
	4.	Überblick über die einzelnen Tatbestände	177
		a) Keine Generalklausel	177
		b) Selbständige Unterhaltstatbestände	178
II.	Dei	r Betreuungsunterhalt nach § 1570 BGB	179
	1.	Grundlagen des Betreuungsunterhalts	179
	2.	Neufassung des § 1570 BGB durch das UÄndG 2007,	
		Angleichung mit dem Betreuungsunterhalt	
		nach § 1615l Abs. 2 S. 2, 3 BGB	180
		a) Grundlagen	180
		b) Struktur des Tathestands	181

	Inhaltsverzeichnis	XXI
3.	Der Begriff eines gemeinschaftlichen Kindes	183
	a) Abgrenzungen	183
	b) Scheineheliche Kinder	184
	c) Adoptierte Kinder, Pflegekinder	185
	d) Künstliche Befruchtung	185
4.	Begriff der Pflege und Erziehung	186
	a) Begriff, unterschiedliche Sachlagen	186
	b) Gemeinsame elterliche Sorge, Wechselmodell	186
	c) Rechtmäßige Betreuung	188
5.	Weitere Tatbestandselemente	188
	a) Einsatzzeitunabhängiger Anspruch	188
	b) Erwerbstätigkeit vor Vollendung des dritten	
	Lebensjahrs	189
	aa) Zeitliche Festlegung der Betreuung	189
	bb) Aufnahme einer Erwerbstätigkeit als	
	überobligationsmäßige Tätigkeit	189
	cc) Erwerbsobliegenheit bei mangelnder	
	Leistungsfähigkeit	190
	c) Ausweitung der Betreuung über drittes	
	Lebensjahr hinaus	191
	d) Weitere Klarstellungen durch die	
	Rechtsprechung des BGH	193
	e) Erwerbsobliegenheit im Mangelfall	195
	f) Betreuung mehrerer Kinder im Alter	
	über drei Jahren	195
	g) Bedarfsbestimmung bei Erwerbstätigkeit	
	ab dem dritten Lebensjahr	196
6.	Verhältnis des Betreuungsunterhalts nach § 1570 BGB	
	zu § 1573 Abs. 1, 2 BGB	197
7.	Der Betreuungsunterhalt aus elternbezogenen	
	Gründen gemäß § 1570 Abs. 2 BGB	199
	a) Systematisches Verhältnis des § 1570 Abs. 2 BGB	
	zum Betreuungsunterhalt nach Abs. 1	199
	b) Anwendungsbereich als Annextatbestand	199
	c) Dauer des Anspruchs	201
	d) Sachverhalte zur Billigkeitsabwägung gemäß	
	§ 1570 Abs. 2 BGB	201
	e) Verhältnis des § 1570 Abs. 2 BGB zu	
	§ 1578b BGB und Zuordnung zu § 1609 BGB	202
8.	Darlegungs- und Beweislast bei Geltendmachung	
	des Betreuungsunterhalts	203
	a) Allgemeine Grundlagen	203
	b) Beweislast im Abänderungsverfahren	204

	9.	Derristung sowie Degrenzung	
		des Unterhalts Betreuungsunterhalts	205
		a) Zeitliche Befristung vor Erreichen des	
		3. Lebensjahres des Kindes	205
		b) Befristung bei kindbezogenen Gründen	
		nach Vollendung des 3. Lebensjahres	206
		c) Befristung bei Härtegrund	206
		d) Befristung bei elternbezogenen Gründen	207
		e) Verfahrensbezogene Folgen bei Befristung	
		des Unterhalts	207
		f) Begrenzung des Betreuungsunterhalts	
		der Höhe nach	208
	10.	Anerkennung eines Betreuungsbonus	208
		Kosten der Betreuung als berufsbedingter Aufwand	
		oder als Mehrbedarf des Kindes	209
	12.	Freiwillige Betreuungsleistungen eines Dritten	211
		Privilegierte Bedeutung der Betreuung eines Kindes im	
		System des Trennungs- und nachehelichen Unterhalts	211
	14.	Bestimmung des Unterhalts bei der Betreuung	
		eines ehelichen sowie aus einer anderen Verbindung	
		stammenden Kindes	212
		a) Grundlagen der Bedarfsbestimmung	212
		b) Bestimmung des anteiligen Haftung	213
		c) Änderung der Unterhaltslast bei Konkurrenz	
		der Betreuungstatbestände	213
		d) Höhe des Unterhaltsanspruchs	214
	15.		
		Wiederaufleben des Anspruchs	215
III.	Dei	r Unterhalt wegen Alters nach § 1571 BGB	216
	1.	Regelungsgrund	216
	2.	Keine ehebedingte Bedürftigkeit	217
	3.	Altersbedingter Mehrbedarf	218
	4.	Keine feste Altersgrenze im Unterhaltsrecht	218
	5.	Erwerbsobliegenheit und flexible Altersgrenzen,	
		Abgrenzung zum Unterhalt wegen Krankheit	219
		a) Keine Erwerbsobliegenheit über feste Altersgrenze.	219
		b) Erwerbsobliegenheit bei flexibler Altersgrenze	219
	6.	Obliegenheit zur Ausübung einer beruflichen Tätigkeit	
		bis zur festen Altersgrenze	220
		a) Gleiche Anforderungen an Mann und Frau	220
		b) Beendigung der Erwerbstätigkeit vor Erreichen	
		der festen Altersgrenze	221

		Inhaltsverzeichnis	XXIII
		c) Gesundheitsbedingter vorzeitiger	
		Versorgungsbezug	. 221
		d) Bezug einer Rente wegen teilweiser oder	
		voller Erwerbsminderung	. 221
		e) Berücksichtigung eines Versorgungsabschlags	222
		aufgrund vorzeitigen Rentenbezugs	
		f) Besondere Berufsgruppen, Bezug einer Teilrente.	
		g) Selbständige	
	7.	Abgrenzung zu § 1573 Abs. 1 BGB	
	8.	Altersunterhalt und Teilzeitbeschäftigung	
	9.	Vorruhestand, Abfindung, Altersteilzeit,	. 220
	,.	Renteneinkünfte	. 226
	10.	Wegfall des Vorsorgeunterhalts, Kranken-	
		und Pflegeversicherung	. 226
		a) Vorsorgeunterhalt	. 226
		b) Kranken- und Pflegeversicherung	
	11.	Anrechnen der eigenen Rente,	
		Verhältnis zu anderen Tatbeständen	. 228
	12.	Herabsetzung sowie Begrenzung des	
		Unterhalts nach § 1578b BGB	. 229
		a) Anwendung beim Anspruch auf Unterhalt	220
		wegen Alters	
13.7	тт	b) Regelfall des Nachteilsausgleichs	. 230
IV.		terhalt wegen Krankheit oder anderer Gebrechen	
		er Schwäche der körperlichen oder geistigen Kräfte ch § 1572 BGB	. 231
	1.	Anspruchsinhalt und Umfang	
	2.	Begriff der Krankheit oder anderer Gebrechen	. 231
	2.	oder Schwäche	. 232
		a) Sozialversicherungsrechtliche Grundlagen	
		b) Gebrechen und Schwäche	
		c) Vorübergehende Erkrankung	
	3.	Keine kausale Abhängigkeit von Wirkungen	
		der Ehe, Verschweigen bei Eheschließung	. 233
	4.	Sonderfälle	
		a) Alkohol-, Tabletten- oder Drogenabhängigkeit	
		b) Psychisches Fehlverhalten, Neurosen	. 234
	5.	Obliegenheit zur Wiederherstellung der	
		Arbeitsfähigkeit, Beweislast	. 235
	6.	Eingeschränkte Erwerbsfähigkeit, gesteigerte	
	_	Obliegenheit, Darlegungs- und Beweislast	
	7.	Krankheit zu bestimmten Einsatzzeitpunkten	. 237

		a) Gesetzliche Regelung	37
		b) Latente Erkrankung zum Einsatzzeitpunkt,	
		Leistungsunfähigkeit des Unterhaltspflichtigen 2	37
		c) Krankheit bei Beendigung der Betreuung	
			38
	8.	Bezug von teilweiser oder voller	
		O	39
	9.		39
			40
		Befristung sowie Begrenzung des Unterhalts	
	11.		41
V.	Un	terhalt bis zur Erlangung einer angemessenen	
			43
	1.		43
	2.		44
	3.	Zeitlicher Bereich der aufzunehmenden	
			45
			45
		b) Auswirkungen der Erwerbsobliegenheit	
			46
		c) Anforderungen zum Umfang der Bemühungen	
			46
		d) Örtlicher Bereich, Ernsthaftigkeit der	
			47
	4.	0,	49
	5.	Unterhalt während der Ausbildung,	-/
	٠.		50
	6.	e e	51
	0.		51
		b) Auskunftsanspruch zum Umfang der	· / I
			51
		c) Beweislastrisiko bei § 1573 Abs. 1 BGB 2	52
	7.	Der Begriff einer angemessenen Erwerbstätigkeit	
	/•		52
			52
		b) Angemessenheitsprüfung nach	2
			53
			54
			55
			.55
			. <i>55</i>
			.ээ 56
		,	90 57

				Inhaltsverzeichnis	XXV
			ee) ff)	Frühere Erwerbstätigkeit	257
			ĺ	als weiteres Kriterium	258
	8.			nheit zur Aufnahme einer Ausbildung,	
				Abs. 3 BGB	258
				lungszweck der Vorschrift	258
		b)		besserte Möglichkeiten zur Erlangung	
		,		r beruflichen Tätigkeit	259
		c)		dung an die Ausbildungsentscheidung,	
		1\		kunftsanspruch des Unterhaltspflichtigen	260
		d)		rsgrenze, erfolgreicher Abschluss	260
		e)		fang des Ausbildungsunterhaltsanspruchs	261
		f)		uer des Anspruchs, Rückzahlung	261
	0	g)		nältnis zu § 1575 BGB, Vorsorgeunterhalt	262
	9.	Fol	gen c	ler Verletzung einer Obliegenheit	262
				1573 Abs. 1, 1574 Abs. 1, 3 BGB	263
		a)		nahme fiktiver Einkünfte	263
		p)		nältnis zu § 1579 BGB	264
		c)		wendung oder Einrede bei 74 Abs. 3 BGB, Beweislast	264
		1)		74 Abs. 3 BGB, Beweislast	265
	10	d) Eab		chlagene nachhaltige Sicherung	20)
	10.			fall einer angemessenen Erwerbstätigkeit	266
		a)		elungszweck des § 1574 Abs. 4 BGB	266
		b)		ausschauende Betrachtungsweise zur	200
		٥,		nhaltigen Sicherung	267
		c)		htsprechung; zeitliche Begrenzung	268
		d)		lgeschlagene Erwerbsbemühungen	269
		e)	Teil	unterhalt, Beweislast	270
VI.	Ans	spru		ıf Aufstockungsunterhalt	
				Abs. 2 BGB	270
	1. F	Rege	lungs	sgrund	270
	2. V	Verh	ältnis	s zu § 1573 Abs. 1 BGB	271
	3. V	Vora	usset	zungen des Anspruchs	271
		a)	Einl	kommensdifferenz bei Ausübung einer	
				emessenen Erwerbstätigkeit des Berechtigten	271
		b)		ive Einkünfte	272
		c)		satzzeitpunkte als Voraussetzung	
			des .	Anspruchs	272
			aa)	Bestehende Einkommensdifferenz ab	
				Rechtskraft der Scheidung	272
			bb)	Erstmaliges Entstehen des Anspruchs nach	
				späterem Wegfall des Kindesunterhalts	273

		cc) Aufstockungsunterhalt durch Vorwegabzug	
		des Kindesunterhalts oder Wechsel der	
		Barunterhaltspflicht	274
		d) Geringe Einkommensdifferenz	274
		e) Verhältnis zu anderen Unterhaltstatbeständen	275
		aa) Berücksichtigung bei fiktiven Einkünften .	275
		bb) Vollständiges Erwerbshindernis	276
		cc) Teilerwerbstätigkeit, Anschlussunterhalt	276
		dd) Notwendigkeit einer konkreten Bestimmung	
		des Umfangs des Anspruchs	277
		f) Dauer des Anspruchs nach § 1573 Abs. 2 BGB	277
VII.		terhalt wegen Ausbildung, Fortbildung	
	ode	er Umschulung nach § 1575 BGB	278
	1.	Regelungszweck des Anspruchs	278
	2.	Keine Bindung der Ausbildung an eheliche	
		Lebensverhältnisse	278
	3.	Zeitliche Begrenzung des Anspruchs, kein	
	,	Vorsorgeunterhalt	278
	4.	Verhältnis des privatrechtlichen Unterhaltsanspruchs	
	_	zur öffentlich-rechtlichen Ausbildungsförderung	279
	5.	Voraussetzungen des § 1575 BGB	280
		a) Tatbestandselemente	280
		b) Unterlassene bzw. abgebrochene Ausbildung	200
		wegen der Ehe – kein Kausalzusammenhang	280
		c) Kein Anspruch auf Zweitausbildung oder	202
	_	zusätzliche Qualifikationen	282
	6.	Darlegungs- und Beweislast bei fehlendem	282
	7	Ausbildungsbeginn	202
	7.	Alsbaldige Aufnahme der Ausbildung,	283
	8.	Einsatzzeitpunkt	283
	9.	Nachhaltige Sicherung des Unterhalts durch	203
	٦.	Ausbildung	284
	10	Erfolgreicher Abschluss	284
		Zumutbare Belastung Unterhaltspflichtigen	285
		Zeitliche Begrenzung des Anspruchs	286
		Informationspflichten	286
	14.	Erlöschen des Anspruchs	287
		Unterhalt nach beendeter Ausbildung	
		sowie während Stellensuche, Rückforderung	287
	16.	Umfang des Anspruchs	288
		Der Anspruch nach § 1575 Abs. 2 BGB	288
		a) Normzweck	288

		Inhaltsverzeichnis XX	VII
		b) Tatbestandselemente	289
			289
		,	289
		e) Das Maß des Unterhalts bei Arbeitslosigkeit	
			290
		, 0	290
	VIII.	0 0	291
		1. Regelungszweck der Vorschrift sowie	
		,	291
		0 1	291
		,	291
		, 0	292
		, i	292
		d) Belange beider Ehegatten, insbesondere	
		wirtschaftliche Verhältnisse und grobe	
		0	293
		, 8	294
		f) Besondere Opfer für die eheliche	105
			295
		0, 0	295
		h) Pflege des Ehegatten oder naher Angehöriger, Krankheit, Alter	296
		Krankheit, Alter	290
			297
			297
		 Bauer und Trone des Ansprachs Keine Berücksichtigung des Verschuldens am 	-//
			297
			298
			298
		1	298
	IX.	Das Verhältnis der nachehelichen	-, -
			299
			299
			299
			299
		b) Anspruchskonkurrenzen 3	300
		, 0 1	300
		d) Unterschiedliche Rechtsfolgen	301
F	Unto	rhalt im Zusammenhang mit der Aufhebung der Ehe 3	303
± ∵•	I.		303
	II.	Voraussetzungen des Unterhaltsanspruchs	,05
			304

	III.	Kenntnis, Unkenntnis eines Ehegatten sowie	
		beiderseitige Kenntnis der Aufhebbarkeit	305
		1. Positive Kenntnis der Aufhebbarkeit der Ehe	305
		2. Bedeutung der Kenntnis der Aufhebbarkeit	
		sowie Bestätigung der Ehe	306
	IV.	Doppelehe und Rangfolge	307
	V.	Unterhalt wegen Pflege und Betreuung	
		eines gemeinsamen Kindes	308
	VI.	Folgen der Aufhebung der Ehe nach	
		rechtskräftiger Scheidung	308
	VII.	Erlöschen des nachehelichen Unterhalts	309
		Verfahrensrecht	309
	, 111,	vertainensieent	507
F.	Beda	rf sowie Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten	311
	I.	Gesetzliche Grundlagen der Bemessung des Unterhalts	311
		1. Grundsatz	311
		2. Bedürftigkeit des Berechtigten	311
	II.	Das Maß des Unterhalts bei getrennt lebenden	011
	11.	und geschiedenen Ehegatten	311
		Grundlagen der Bedarfsermittlung	311
		a) Begriff des angemessenen Unterhalts; nichtprägene	
		Einkünfte	311
		b) Halbteilungsgrundsatz	312
		c) Bedarfsbestimmung bei hohen Einkünften,	J12
		konkrete Bedarfsbestimmung, keine allgemeine	
		Sättigungsgrenze	313
		aa) Umstieg von der Berechnung des	313
		Unterhalts nach Quoten	
		und konkrete Bedarfsbestimmung	313
		(1) Weitere wesentliche Ausführungen der	313
		Entscheidung	314
		(2) Zusammenfassung der Grundsätze zur	314
		Darlegungs- und Beweislast	315
		bb) Keine generelle Sättigungsgrenze	316
		d) Bedeutung des Erwerbstätigenbonus bei der	310
		Bestimmung des Bedarfs sowie der Bedürftigkeit.	316
			310
		aa) Grundlagen, Verhältnis des	
		Erwerbstätigenbonus zum pauschalen	21/
		berufsbedingten Aufwand	316
		bb) Ausnahmen, besondere Sachlagen	318
		cc) Beschränkung sowie Wegfall des Erwerbs-	
		tätigenbonus bei beengten Einkommensver-	210
		hältnissen, berufsbedingter Aufwand	319

		Inhaltsverzeichnis	XXIX					
2.	Weitere Bemessungsfaktoren zur Bestimmung							
	des	des Unterhaltsbedarfs						
	a)	Vorwegabzug des Kindesunterhalts	319					
	b)	Bindung des Abzugs bei bestehendem						
		Unterhaltstitel eines anderen gleichrangigen						
		Unterhaltsberechtigten	320					
	c)	Abzug des Kindesunterhalts beim Unterhalts-						
	ŕ	berechtigten, Leistung von Naturalunterhalt,						
		Entstehen eines Aufstockungsunterhalts	321					
	d)	Vorwegabzug des Unterhalts volljähriger Kinder	322					
	e)	Abzug des Kindergelds bei Bedarfsermittlung	323					
	f)	Bedarf und wechselnde Steuerklassen	324					
	g)	Vermögensbildung und Bedarf	325					
	h)	Fiktive Einkünfte und Bedarf	325					
	i)	Haushaltsführung und Bedarf	325					
	j)	Verbindlichkeiten und Bedarf; Wegfall						
	,,	von Kreditraten	326					
	k)	Überobligationsmäßige Tätigkeit und Bedarf;						
		Überstunden, Erwerbstätigkeit nach Erreichen						
		der Altersgrenze	326					
	1)	Weitere bedarfsbestimmende Erträge						
	ŕ	sowie Nutzungsvorteile	328					
		aa) Überblick	328					
		bb) Geänderte BGH-Rechtsprechung zum						
		Nutzungsvorteils eines Eigenheims bei						
		bestehenden Verbindlichkeiten	328					
		cc) Auswirkungen auf die Bestimmung						
		des Bedarfs nach den ehelichen						
		Lebensverhältnissen	329					
	m)	Bedarfsermittlung beim Getrenntlebensunterhalt						
		nach § 1361 Abs. 1 S. 1 BGB	330					
		aa) Erhebliche, vom Normalverlauf						
		abweichende Entwicklung	330					
		bb) Zäsur erst mit rechtskräftiger						
		Auflösung der Ehe	331					
		cc) Trennungsbedingte Veränderungen	331					
	n)	Bedarfsermittlung zum Trennungsunterhalt						
		bei bestehender Gütergemeinschaft	331					
3.	Beg	griff der ehelichen Lebensverhältnisse						
	im	Sinne des § 1578 Abs. 1 S. 1 BGB	332					
	a)	Rechtskraft der Scheidung als maßgeblicher						
		Zeitnunkt der Anknünfung	332					

	b)		inftige Entwicklung – Begriff der	
			wandelbaren Verhältnisse	333
			Rentenbezug; Leistungen aus	
			Vorsorgeunterhalt	333
			Nachehelich eingetretene Minderung,	
			Beendigung der Erwerbstätigkeit	334
	c)		erung der Einkünfte nach Scheidung der Ehe	335
	-)	aa)	Abgrenzungen – Ehegattensplitting,	00)
			Familienzuschläge	335
			Berücksichtigung künftiger	
			Einkommensanpassungen, Lebensalters-	
			sowie Erfahrungsstufen	336
			Begriff einer angebahnten Entwicklung;	330
			beruflicher Aufstieg, Abgrenzung nach BGH.	336
			Ausnahmen bei sog. Karrieresprung	337
4.	Rag		ung der ehelichen Lebensverhältnisse	337
т.			inften beider Ehegatten	339
	a)		iff der nachhaltigen und dauerhaften	337
	a)	_	ünfte	339
	b)		mmung des Bedarfs nach der Differenz-	337
	D)		Additionsmethode	339
	c)		etzung einer Erwerbsobliegenheit und	337
	<i>C)</i>		rfsbestimmung	340
	d)		obligationsmäßige Tätigkeit und Bedarf	340
	e)	Verso	orgungsausgleich und Bedarf	341
	C)		Auswirkungen des Versorgungsausgleichs	511
			zwischen den geschiedenen Ehegatten	341
			Sonderfall bei Erwerbseinkommen des	J 4 1
			Unterhaltspflichtigen und Rentenbezug	
			aus dem Versorgungsausgleich beim	
			Unterhaltsberechtigten	341
			Auswirkungen des Versorgungsausgleichs	J41
			beim Unterhaltsberechtigten aus einer	
			anderen Ehe	342
	C)			343
5.	f)		eislast bei der Bedarfsbestimmung	343
٦.			mmung des Bedarfs bei Konkurrenz	344
			Unterhaltsberechtigter	344
	a)		virkungen der Entscheidung des BVerfG vom	2/1/
	L١		1.2011 auf die Bestimmung des Bedarfs	344
	b)		chränkung des Begriffs der wandelbaren	2 /. /
	-)		chen Lebensverhältnisse	344
	c)		gebliche Zäsur – Trennung, Zustellung	345
		Schei	idungsantrag. Rechtskraft der Scheidung	247

Inhaltsverzeichnis

XXXI

	4.	Voi	rsorgeunterhalt für den Fall des Alters sowie	
			verminderten Erwerbsfähigkeit	359
		a)	Bedeutung und Zweck des § 1578 Abs. 3 BGB	359
		b)	Anspruch ab Zustellung des Scheidungsantrags	359
		c)	Kein eigenständiger Unterhaltsanspruch	360
		d)	Form der Geltendmachung	360
		e)	Freie Anlageform	361
		f)	Verwendungskontrolle	361
		g)	Begrenzung des Anspruchs bei Unterhalt	
		O,	insbesondere wegen Alters oder Krankheit	363
		h)	Überschreiten der Beitragsbemessungsgrenze	
			in der gesetzlichen Rentenversicherung	364
		i)	Bestimmung des Vorsorgeunterhalts wegen Alters	364
			aa) Bemessungsgrundlage	364
			bb) Methodisches Vorgehen	364
			cc) Sonderfälle – Aufstockungsunterhalt	365
			dd) Wegfall der zweistufigen Berechnung	
			des Elementarunterhalts	366
			ee) Rang des Vorsorgeunterhalts	366
			ff) Vorsorgeunterhalt bei fiktiven Einkünften	367
		j)	Teilentscheidung zum Vorsorgeunterhalt wegen	
			Alters; Zulässigkeit einer Nachforderung	367
			aa) Verfahrensrechtliche Beschränkungen einer	
			Nachforderung	367
			bb) Nachteilige Folgen in Bezug auf	
			Nachteilausgleich nach § 1578b BGB	369
		k)	Kosten für eine Pflegeversicherung	369
IV.	Bei	rück	sichtigung von Nutzungsvorteilen aus	
	ein	em I	Eigenheim und Bedarfsbestimmung	370
	1.	Aus	swirkungen bei der Bestimmung der Höhe	
			Unterhalts	370
	2.	Wo	ohnwert und Bedarf	371
		a)	Abzug von Belastungen	371
		b)	Grundlegende Änderung der Rechtsprechung .	371
		c)	Konkrete Auswirkungen der geänderten	
			Rechtsprechung	372
		d)	Verbrauchsunabhängige Nebenkosten	373
		e)	Bewertungsmaßstab zur Bestimmung	
			des Wohnwerts	374
		f)	Angemessener Nutzungswert während des	
			Getrenntlebens	374
			aa) Aufgedrängter Wohnwert – "totes Kapital"	374

			bb) Auswirkungen bei Leistung eines	
			Nutzungsentgelts	375
			cc) Trennung in der Wohnung, Aufnahme	
			eines Partners	376
		g)	Voller Wohnwert eines Eigenheims ab	
			Zustellung des Scheidungsantrags	376
		h)	Berücksichtigung des Nutzungswerts bei	
			Veräußerung des Eigenheims bei Trennung	
			bzw. Scheidung	377
			aa) Grundlagen der BGH-Rechtsprechung	377
			bb) Berücksichtigung von Kreditkosten aus	
			der Übernahme eines Eigenheims	378
		i)	Prägung bei Wohnrecht und kostenloser	
			Überlassung der ehelichen Wohnung durch Eltern	378
		j)	Bindung im Abänderungsverfahren	379
		k)	Bedarfsbestimmung und Wohnbedarf der Kinder.	379
		1)	Obliegenheit zur angemessenen Nutzung	
			eines großen Eigenheims	380
		m)	Eigenheim des Unterhaltsberechtigten;	
			Kreditbelastungen	381
		n)	Finanzierungsraten aus Zugewinn bzw.	
			Vermögensauseinandersetzung	382
		o)	Fortführung einer hohen Schuldenlast	
			nach der Trennung	382
		p)	Wohnwert als fiktives Einkommen	
		•	bei kostenloser Überlassung	382
V.	Abg	grenz	zungsfragen zwischen Unterhalt und Zugewinn	383
	1.		bot der Doppelberücksichtigung von	
			bindlichkeiten	383
	2.	Zuc	ordnung von arbeitsrechtlichen Abfindungen	384
	3.		sertrag aus eheprägenden Vermögenswerten	384
	4.		darfsprägende Erträge aus Zugewinn	384
VI.	Best		nung der Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten .	385
	1.		lürftigkeit des Unterhaltsberechtigten	385
		a)	Vorrangige Obliegenheit zur eigenen	
			Bedarfsdeckung	385
		b)	Eingeschränkte Berücksichtigung von	
			Verbindlichkeiten gegenüber Dritten	387
	2.	Un	beachtlichkeit der Herkunft der Einkünfte und	
			Vermögens zur Deckung der Bedürftigkeit	388
	3.		ıfung der Bedürftigkeit auch zum	
			nnunggunterhalt	388

XXXIII

4.			ings- und betreuungsieistungen des Unternaits-				
			gen für Lebenspartner und sonstige Dritte .	389			
5.	Fre	iwilli	ige Leistungen Dritter	390			
6.	Darlegungs- und Beweislast 3						
7.			Abs. 1 BGB als Grundlage der Anrechnung				
			künften, Anwendung der Anrechnungs-				
	me	thod	e oder Differenzmethode	391			
8.	Ger	winn	trächtige Anlage von Kapitalvermögen	391			
	a)		nutbarkeitsprüfung	391			
	b)	Nac	chhaltige Sicherung des Unterhalts durch				
	- /	Leb	ensversicherung	392			
	c)	Abz	ug von Belastungen	393			
9.		brau	ch des Vermögens für unterhaltsfremde	0,0			
•				393			
10	Ver	wert	ung von Vermögen durch den	373			
10.	Un	terha	ltsberechtigten	393			
	a)	Vor	aussetzungen	393			
	b)	Unx	wirtschaftlichkeit der Verwertung	394			
	c)	Unk	billigkeit der Vermögensverwertung	396			
	C)		Maßgebliche Kriterien	396			
			Vermögen aus Zugewinn sowie einer	370			
		UU)	Vermögensauseinandersetzung	397			
		cc)	Besonderes Sicherungsbedürfnis des	37/			
		CC)	Unterhaltsberechtigten	398			
		dd)		370			
		aa)		200			
)	Ertragsmöglichkeit	398			
		ee)	Verwertung des Vermögens beim	200			
11	ът	1.1	Getrenntlebensunterhalt	399			
11.			ltige Sicherung des Unterhalts und Wegfall	400			
		Verr	mögens nach § 1577 Abs. 4 S. 1 BGB	400			
	a)		gfall des Anspruchs	400			
			Regelungszweck der Vorschrift	400			
	1 \		Der Begriff einer nachhaltigen Sicherung	401			
	b)		ederaufleben nach § 1574 Abs. 4 S. 2 BGB	402			
12.	Ber	ücks	ichtigung von Einkünften aus	(0.0			
			ıtbarer Tätigkeit	402			
	a)	Gru	ındlagen	402			
			Unzumutbare Einkünfte	402			
		bb)	Gesetzliche Regelung zur Anrechnung				
			unzumutbarer Einkünfte	403			
	b)	Reg	elung des § 1577 Abs. 2 BGB	403			
		aa)	Anwendungsgrundsätze	403			
		bb)	Anrechnungsmaßstab	404			

			cc) Keine Differenzmethode bei unzumutbarer	
			Erwerbstätigkeit	405
			dd) Bestimmung des anrechnungsfreien	
			Einkommens bei Vereinbarungen	405
		13.	"Einkünfte" aus eheähnlicher Lebensgemeinschaft	405
			a) Bedarfsprägende Wirkung von	105
			Versorgungsleistungen	405
			b) Übernahme der Haushaltsführung als	605
			Anknüpfungspunkt	405
			c) Leistungsfähigkeit des neuen Partners	406 406
			d) Bewertung der Haushaltsführung	406
			e) Partnerschaft und volle Erwerbstätigkeit	40/
G.	Hera	bsetz	zung und zeitliche Begrenzung des Unterhalts	
٠.			abilligkeit nach § 1578b BGB	409
	I.		vendungsbereich	409
	II.		ematische Grundlagen der Begrenzungsnorm	409
	III.		oindung von Herabsetzung und zeitlicher Begrenzung	410
	IV.		absetzung des Anspruchs nach § 1578b Abs. 1 BGB	410
			Prüfung der Voraussetzungen von Rechts wegen	410
			Der Begriff der ehebedingten Nachteile	411
			Angemessener Lebensbedarf als Ersatzmaßstab	412
			Wahrung der Belange eines anvertrauten	
			gemeinschaftlichen Kindes	413
			Ehebezogene Nachteile als Billigkeitsgrund	
			und -maßstab	414
		6.	Begrenzung der Billigkeitsprüfung auf objektive	
			Umstände	415
	V.	Dau	ier der Ehe als weiterer Billigkeitsgrund nach	
		§ 15	78b Abs. 1 S. 2 BGB	415
			Bedeutung dieses Tatbestandsmerkmals	415
		2.	Gesetzliche Klarstellung als nachteilsunabhängiger	
			Billigkeitsgrund aufgrund Gesetzänderung zum	
			01.03.2013	416
			Inhalt der tatbestandlichen Änderung des	
			§ 1578b Abs. 1 S. 2, 3 BGB	417
		4.	Geänderte Auslegung nach objektiven Kriterien	418
		5.	Verhältnis der beiden ausdrücklich genannten	
			Billigkeitskriterien des Satzes 2 zueinander	419
			Zeitliche Bemessung des Begriffs der Dauer der Ehe	420
	VI.	Keii	ne Befristung sowie Begrenzung bei fortwirkender	
		nacl	hehelicher Solidarität	421
		1.	Regelungszweck sowie Bedeutung	421

XXXV

		2.	1	421
1	/II.	Sor	nstige Billigkeitsgründe	424
		1.	Keine begrenzte Billigkeitsprüfung	424
		2.	Wirtschaftliche Verhältnisse	425
		3.	Keine Berücksichtigung eines Trennungsverschuldens	425
		4.	Berücksichtigung von Vermögen des	
			Unterhaltsbedürftigen	426
7	/III.	Au	sgleich ehebedingter Nachteile	426
		1.	Begriff der fortwirkenden Nachteile	426
		2.	Sachverhalte gemäß der BGH-Rechtsprechung	426
			a) Bemessung des Nachteilausgleichs aufgrund des	
			ehebedingten Abbruchs der Erwerbsbiografie	426
			b) Nachteilausgleich aufgrund des durchgeführten	
			Versorgungsausgleichs sowie den	
			Vorsorgeunterhalt	431
			c) Weiterer Nachteilsausgleich in Bezug auf	101
			die soziale Absicherung eines Ehegatten	432
		3.	Rechtsfolge im Fall eines nicht vorgenommenen	132
		٥.	Nachteilausgleichs	433
T	X.	An	gemessener Lebensbedarf als Ersatzmaßstab	433
1	21.	1.	Voraussetzungen	433
		2.	Maßgebliche Sachverhalte	434
7	ζ.		chteilausgleich beim Unterhalt wegen Krankheit	436
	ι. II.		chteilausgleich beim Unterhalt wegen Alters	130
7	11.		vie Auswirkungen des Versorgungsausgleichs und	
			gewinnausgleichsgewinnausgleichs und	437
		2.u;	Unterhalt wegen Alters	437
		2.	Auswirkungen des Versorgungsausgleichs	438
		3.	Bedeutung einer Zugewinnausgleichsleistung	430
		٥.	für einen Nachteilausgleich	440
τ.	XII.	V.	ine Zuordnung des Nachteilausgleichs zu	440
Γ	111.		den Ehegattenden Ehegatten	440
τ.	7111		itliche Begrenzung des Anspruchs	441
				441
	ΩV.		bindung von Befristung und Begrenzung des Anspruchs	441
			uer der Übergangszeit	442
Δ	X V I.		swirkungen des § 1578b BGB auf die einzelnen	443
τ.	/ 3 / 11		terhaltstatbestände	443
Δ	X V 11.		rlegungs- und Beweislast; sekundäre Behauptungslast	662
			Unterhaltsberechtigten	443
		1.	Unterhaltspflichtiger	443
		2.	Darlegungslast des Unterhaltsberechtigten	444
		3.	Rechtsprechung des BGH zur sekundären	4.45
			Rehauntungslast	445

	XVII	I. Hinweis auf unterschiedliche Dauer des Anspruchs	
		nach §§ 1570, 1573 Abs. 2 BGB	446
	XIX.	Verhältnis von § 1578b BGB zu § 1579 BGB	446
	XX.	Verfahrensrechtliche Fragen	448
		1. Keine Ermessensentscheidung zu § 1578b BGB	448
		2. Verfahrensrechtliche Präklusion	448
		3. Problem einer gesicherten Prognose	449
		4. Fehlende Festlegung der Grundlagen in einer	
		vergleichsweisen Unterhaltsbestimmung	451
		5. Abänderungsantrag nach §§ 238, 239 FamFG	451
		a) Ausgangslage bei Antragstellung	451
		b) Rechtsmittelverfahren	451
		6. Reichweite der Präklusion bei einem in der	
		Erstentscheidung übersehenen Umstand in	
		Bezug auf § 1578b BGB	452
		7. Zulässigkeit eines Abänderungsantrags des	
		Unterhaltsschuldners bei unterlassenem Vorbringen	
		im Abänderungsverfahren des Unterhaltsgläubigers –	
		Präklusion von Alttatsachen	453
		8. Beschränkte Geltendmachung der Begrenzung	
		bei noch nicht abgeschlossenen Sachverhalten	455
H.		terhaltsrechtliche Härteklausel des § 1579 BGB	457
	I.	Rechtsnatur der Härtefallklausel; Anwendungsbereich	457
	II.	Normzweck, Tatbestandsstruktur	458
		1. Normzweck	458
	***	2. Zweigliedriger Tatbestand, flexible Rechtsfolgen	459
	III.	Auslegungsfragen des Einleitungssatzes des § 1579 BGB	460
		1. Der Begriff der groben Unbilligkeit	460
		2. Unterhaltszahlung trotz grober Unbilligkeit	461
		3. Wirtschaftliche Verhältnisse	462
		4. Dauer der Ehe	462
		5. Verdienste für die Familie oder den	462
		anderen Ehegatten	463
		6. Sonstige Billigkeitsgründe	463 464
		7. Wahrung der Belange eines anvertrauten Kindes	464
		8. Abgestufte Beschränkung des Unterhalts –	464
		flexibel gestaltete Rechtsfolge	
		9. Partnerschaft und Mindestbedarf	466 467
		10. Zeitliche Befristung des Anspruchs	40/
		11. Anrechnen eigener Einkünfte bzw. eigenen Vermögens	460
		bei eingeschränktem Unterhaltsanspruch	468
		12. Kürzung über den notwendigen Eigenbedarf hinaus	470

XXXVII

	13.	berucksichtigung des Unternaitsanspruchs gegen den	
		nichtehelichen Vater nach § 1615l Abs. 1, 2 BGB	470
	14.	Privilegierung bei einem anvertrauten Kind	471
	15.	Vorsorgeunterhalt, Krankenversicherung	472
IV.	De	r Härtegrund der Ehe von kurzer Dauer nach	
	§ 1:	579 Nr. 1 BGB	472
	1.	Anwendungsbereich	472
	2.	Zeitlicher Rahmen; Rechtsprechung des BGH	472
	3.	Bestimmung der Dauer der Ehe	473
	4.	Ausnahmen auf Grund besonderer Umstände	474
	5.	Keine Anwendung beim Trennungsunterhalt	475
	6.	Einzelfälle aus der Rechtsprechung	475
	7.	Konkurrenz zu § 1579 Nr. 8 BGB,	.,,
		weitere Konkurrenzen	476
	8.	Weitere Anwendungsfragen zu Nr. 1	477
		a) Berücksichtigung von Pflege und Erziehung	
		bei der Bestimmung der Ehezeit	477
		b) Billigkeitsabwägung und Höhe des Unterhalts	477
		c) Wahrung der Belange eines Kindes und Härte-	
		klausel nach Nr. 1; Problem des Bedarfsgefälles	478
		d) Härtegrund und gesteigerte	
		Erwerbsobliegenheit – Begrenzung des Unterhalts	
		auf das dritte Lebensjahr des Kindes?	479
	9.	Kürzung des Unterhalts über den notwendigen Eigen-	
		bedarf hinaus bei eigenen Einkünften und Vermögen	480
V.	De	r Härtegrund der verfestigten	
		pensgemeinschaft (Nr. 2)	481
	1.	Der Begriff der verfestigten Lebensgemeinschaft	481
	2.	Anwendung der Härteklausel bei bestehendem	
		Betreuungsunterhalt nach § 1570 BGB	482
	3.	Fester sozialer Zusammenschluss	482
	4.	Gewisse Dauer des Zusammenlebens im Sinne	
		einer eheersetzenden Gemeinschaft	483
	5.	Begriff des Zusammenlebens	484
	6.	Verfestigte Lebensgemeinschaft in der Trennungszeit	485
	7.	Leistungsfähigkeit des Lebenspartners	485
	8.	Unterhaltsgemeinschaft als Grund einer	10)
	0.	objektiven Unzumutbarkeit	486
	9.	Reine Versorgungsgemeinschaft	487
		Unbeachtliche unterhaltsrechtliche	10/
		Leistungsfähigkeit des Lebenspartners	488
	11	Erneute Geltendmachung des Härtegrundes bei	100
	11.	erstmaliger Abweisung; Auflösung der Partnerschaft	488
		cistinanger rioweisung, runosung der rartheisellart	100

XXXIX

IX.	Gr	öbliche Verletzung der Pflicht, zum	
			509
	1.		509
	2.	Begriff des Familienunterhalts sowie der gröblichen	
		Unterhaltspflichtverletzung	510
	3.		512
X.	Of	fensichtlich schwerwiegendes, eindeutig beim	
			512
	1.	Anwendungsbereich	512
	2.		513
	3.	Begriff eines offensichtlich schwerwiegenden	
		Fehlverhaltens	513
	4.	Verletzung der ehelichen Treue	514
	5.	Verstoß gegen eheliche Pflichten	515
		a) Leugnen der nichtehelichen Vaterschaft	
		eines Kindes	515
		b) Scheineheliches Kind; begrenzte Reichweite	-
		der Rechtsausübungssperre	516
		c) Vereitelung des Umgangs mit einem	
		gemeinsamen Kind	517
		d) Verlassen des anderen Ehegatten	518
		e) Weigerung der Aufnahme eines	
		gemeinsamen Wohnsitzes	518
		f) Verheimlichung von Einkünften	519
		g) Nichteingehen einer Ehe	519
		h) Sonstige verletzende Verhaltensweisen	519
	6.		520
	7.	Fehlende Ursächlichkeit	521
	8.	Fehlverhalten vor Scheitern der Ehe bzw. Trennung	521
	9.	Fehlverhalten nach Scheitern der Ehe sowie	
	-		522
	10.		523
XI.			523
	1.	Anwendungsbereich – Funktion als	
			523
	2.		524
		a) Unterlassene Eheschließung mit dem neuen	
			524
			525
			526
		d) Kurzes Zusammenleben, keine gemeinsame	
			526
		U	

			Inhaltsverzeichnis	XLI
			e) Versagung des Trennungsunterhalts nach	
			längerer Nichtgeltendmachung	526
			f) Nichteheliches Kind	527
			g) Verweigerung der Umgangsbefugnis	527
			h) Ehrlose Lebensführung	527
			i) Nacherklärung von steuerlichen Einkünften	
			zu Lasten des Unterhaltspflichtigen	528
		3.	Fälle, in denen eine objektive Unzumutbarkeit	
			regelmäßig ausscheidet	528
			a) Voreheliche Erkrankung	528
			b) Voreheliche Täuschungshandlungen,	
			unerkannte Erkrankung	528
			iederaufleben des Unterhaltsanspruchs	529
			rzeihung eines Härtegrunds	530
			arlegungs- und Beweislast	530
	XV.	Wi	iederholte Geltendmachung eines Härtegrundes	532
I.	Leist		gsfähigkeit des Unterhaltsschuldners, Rangfolge	533
	I.	Beg	griff der Leistungsfähigkeit	533
		1.	Leistungsfähigkeit als sachliche Voraussetzung	
			des Unterhaltsanspruchs; zeitliche Kongruenz	533
		2.	Gesetzliche Grundlagen	534
		3.	Familien- sowie Trennungsunterhalt	534
		4.	Nachehelicher Unterhalt, Verwandtenunterhalt,	
			Unterhalt zwischen Eltern nach § 1615l BGB	535
		5.	Faktoren zur Feststellung der Leistungsfähigkeit –	
			Überblick; Rechtsfolgen	535
	II.		raussetzungen der mangelnden Leistungsfähigkeit	
			S Verpflichteten	536
		1.	Gefährdung des eigenen angemessenen Unterhalts	536
			a) Nachehelicher Unterhalt	536
			b) Verwandtenunterhalt	536
		2	c) Trennungsunterhalt	537
		2.	Voraussetzungen und Rechtsfolgen der	527
			mangelnden Leistungsfähigkeit	537
			a) Stufenweises Vorgehen	537
			b) Umfang der Obliegenheit bei Unterhalts-	520
		2	berechtigtem und Unterhaltspflichtigen	538
		3.	Begriff des angemessenen und notwendigen	520
			Selbstbehalts	539
			a) Nachehelicher Unterhalt – Auslegung des § 1581 S. 1 BGB	520
			y 1701 3. 1 DGD	539

		b) Getrenntiebensunternalt sowie	
		Verwandtenunterhalt 5	541
		c) Selbstbehalt bei einem Unterhaltsanspruch	
			541
	4.	Selbstbehalt bei Unterhaltspflicht gegenüber betagten	
		Eltern – Korrektur der Düsseldorfer Tabelle durch	
			541
			541
		b) Keine Auswirkungen aufgrund des	
			642
		c) Bestimmung des Selbstbehalts bei	
		e	543
	5.	Herabsetzung des Selbstbehalts wegen	. 13
	٠.		543
	6.	Weitere Sachverhalte zur Bestimmung	, 15
	0.		644
	7.		44
III.		is Rangfolgesystem bei mehreren	11
111.			545
	1.	Grundlagen zur Bestimmung des Unterhalts	, 1)
	1.		545
	2.	Absoluter Vorrang des Unterhalts minderjähriger	, 1)
	۷.		646
	3.	Der Begriff des volljährigen unverheirateten Kindes;	70
	Э.		546
	4.	· ·	547
	5.	Gleichstellung des Unterhalts bei Ehe von langer	/ 4/
	٦.		548
	6.		550
	7.	Fehlende Rangfolge bei Unterhaltsansprüchen	טכו
	/.		551
IV.	C=	undlagen der Berechnung bei Berücksichtigung))1
1 V.			551
			551
	1.	e e	
V.	2.		551
٧.		obleme der Zuordnung zur ersten Rangstufe	550
		, 1	552
	1.	Berechtigte der ersten Rangstufe – minderjährige	
	2	, 61	552
	2.		553
		, 0	553
		,	553
		c) Auswirkungen auf die Mangelfallberechnung 5	554

		Inhaltsverzeichnis	XLIII
	3.	Mangelfallberechnung bei mehreren Berechtigten	
	,	der 1. Rangstufe	555
	4.	Wegfall eines bestehenden Unterhaltsanspruchs	555
	5.	sowie bestehender Unterhaltstitel	555
).	sowie volljährigem privilegierten Kind	556
	6.	Zuordnung des steuerlichen Splittingvorteils))0
		aus neuer Ehe zum Kindesunterhalt	557
	7.	Zulässigkeit eines Rangverzichts auf 1. Rangstufe	558
VI.	Zuc	ordnung zur zweiten und dritten Rangstufe;	
	Ans	spruchsberechnung	559
	1.	Bestimmung des Unterhalts bei Gleichrang bzw.	
	_	Nachrang mehrerer Unterhaltsberechtigter	559
	2.	Rangfolgenzuordnung bei Zusammentreffen von	5.60
	2	Betreuungsunterhalt und Aufstockungsunterhalt	562
	3.	Einordnung des Familienunterhalts der zweiten Ehefrau, wenn kein gemeinsames Kind betreut wird	. 562
	4.	Zuordnung des Realsplittingvorteils aus neuer Ehe	.)02
	1.	im Mangelfall	563
	5.	Zuordnung nachehelich geborener Kinder	,
		bei Anspruch nach § 1609 Nr. 2, 3 BGB	563
	6.	Mangelfallberechnung bei Zusammentreffen	
		der 2. und 3. Rangstufe	564
	7.	Wiederaufleben eines nachrangigen Anspruchs	- / -
	0	nach Wegfall eines vorrangigen Anspruchs	565
	8.	Zuordnung des Unterhalts nach § 1576 BGB	565
VII.	W/o	bei Betreuung eines Pflegekinds itere Fragen im Zusammenhang mit der)()
v 11.		ngfolgeregelung gemäß § 1609 BGB	566
	1.	Keine Billigkeitskorrektur nach § 1579 Nr. 8 BGB	566
	2.	Berücksichtigung vertraglicher Unterhaltsansprüche	566
VIII.	Die	Berücksichtigung von Verbindlichkeiten	
		Unterhaltspflichtigen	567
	1.	Berücksichtigung der sonstigen Verpflichtungen –	
		Umfang	567
	2.	Abgrenzung beachtlicher von unbeachtlichen	5.60
	3.	Verbindlichkeiten	568
	Э.	als Maßstab	570
		a) Einheitliche Grundsätze für die Bewertung	<i>)</i> / U
		der Leistungsfähigkeit	. 570
		b) Unterscheidung zwischen Begründung von	
		Verbindlichkeiten und zukünftiger Tilgung	570

4.	Beachtlichkeit gemeinsam eingegangener	
	Verbindlichkeiten	572
5.	Schuldentilgung über Pfändungsfreigrenzen	573
6.	Rücksichtnahme auf minderjährige Kinder	573
7.	Tilgungsplan und Erfüllungszwang wegen	
	vertraglicher Verpflichtung	574
8.	Unterhaltsansprüche in der Insolvenz	575
	a) Grundlagen	575
	b) Unterhaltsansprüche des Schuldners	575
	c) Unterhaltsansprüche des Schuldners gegen	
	die Insolvenzmasse	575
	d) Unterhaltsansprüche gegen den Schuldner	
	im eröffneten Insolvenzverfahren	576
	e) Verbraucherinsolvenzverfahren,	
	Restschuldbefreiung	577
	f) Obliegenheit zur Stellung eines Insolvenzantrages	
	nur in Bezug auf Kindesunterhalt	577
	g) Pfändungsfreier Teil des Einkommens	578
	h) Auswirkungen des Insolvenzantrags auf	
	den anderen Ehegatten	578
9.	Nach der Trennung/Scheidung entstandene	
	Verbindlichkeiten	579
	a) Kosten der notwendigen Lebensführung	579
	b) Notwendige Verfahrenskosten	579
	c) Krankheitsbedingter Mehrbedarf, Sonderbedarf	580
	d) Ausübung des persönlichen Umgangs mit	
	einem Kind	580
10.	Rückständige Unterhaltsansprüche; sonstige Schulden .	581
	Abzweigung von Sozialleistungen; Pfändung	582
12.	Verbindlichkeiten ohne Erfüllungszwang	582
13.	Verbindlichkeiten aus allgemeinen	
	Lebenshaltungskosten	582
14.	Verbindlichkeiten aus trennungs- oder scheidungs-	
	bedingter Auflösung der gemeinsamen Wohnung	583
15.	Aufnahme eines Kredits zur Finanzierung	
	des Unterhalts	583
16.	Abfindungsleistung beim Wertausgleich nach	
	der Scheidung	584
17.	Verbindlichkeiten aufgrund eines geschäftlichen	
	Niedergangs oder Veräußerung eines Eigenheims	584
18.	Geldstrafen, Bußgelder	585
	Darlegungs- und Reweislast	585

XLV

XIII.	Rangfolge mehrerer Unterhaltsverpflichteter	
	im Bereich des Ehegattenunterhalts	601
	1. Vorrang der Haftung des geschiedenen Ehegatten	601
	2. Ersatzhaftung der Verwandten; Rückgriffsrechte	603
	3. Schwierige Rechtsverfolgung im Inland bei	
	Ersatzhaftung der Verwandten	603
	4. Gesetzlicher Forderungsübergang	604
	5. Beweislast im Rahmen des § 1584 BGB	604
	6. Ersatzhaftung beim Verwandtenunterhalt	001
	nach § 1607 BGB	605
	7. Vorrangige gesetzliche Regressregelung	605
	8. Inanspruchnahme anderer Verpflichteter	00)
	bei § 1611 BGB	605
	bel y 1011 bGb	60)
T A	wah auf Eleannumeach ale	607
	ruch auf Elternunterhalt	607
I.	Grundlagen	60/
II.	Bestimmung des Bedarfs eines pflegebedürftigen	(07
	Elternteils	607
	1. Maßgebliche Faktoren zur Höhe des Bedarfs	607
***	2. Wandelbare Bedarfsverhältnisse	607
III.	Bestimmung der Bedürftigkeit des Elternteils	609
	1. Grundlagen	609
	2. Inanspruchnahme von Leistungen der	
	Grundsicherung, mehrere Unterhaltspflichtige	610
	3. Einsatz des Vermögensstamms der Eltern	611
IV.	Höherer Selbstbehalt des Unterhaltspflichtigen	611
	1. Rechtsprechung des BGH vor Inkrafttreten	
	des Angehörigen-Entlastungsgesetzes	611
	2. Korrektur der Anknüpfung des Selbstbehalts	
	an hohe Einkommensschwelle des Angehörigen-	
	Entlastungsgesetzes durch BGH	612
	3. Bemessung des angemessenen Selbstbehalt	
	nach BGH	613
	4. Weitere, den Selbstbehalt erhöhende Aufwendungen	615
	5. Anerkennung einer ergänzenden Altersvorsorge	615
V.	Bestimmung des Haftungsanteils bei Unterhaltspflicht	
	gegenüber einem Ehegatten	616
	1. Konkurrenz der Unterhaltsansprüche	616
	2. Berücksichtigung einer Haushaltsersparnis	
	bei der Bestimmung des Unterhalts	617
VI.	Bestimmung des Wohnvorteils eines Eigenheims	/
	des Unterhaltspflichtigen sowie Kreditbelastungen	
	beim Elternunterhalt	617
		01/

		Inhaltsverzeichnis X	IVII
	VII. VIII. IX. X.	Pflicht zum Einsatz von Vermögenswerten	618 618 619
	XI.	nach § 1611 BGB; sozialhilferechtliche Härteklausel Auskunftspflichten beim Elternunterhalt	620 621
		Geschwistern	621
		Sozialhilfeträger, § 94 Abs. 1a SGB XII	622
	XII.	Darlegungs- und Beweislast	622
	XIII.	Rückforderungsanspruch nach § 528 BGB	623
		Berücksichtigung eines fiktiven Pflegegelds	623
	XV.	Bestimmung der Aktivlegitimation des Sozialhilfeträgers	624
K.	Der U	Unterhalt von Mutter und Vater aus Anlass der Geburt	627
	I.	Normzweck der Vorschrift, Anpassung an § 1570 BGB.	627
	II.	Voraussetzungen des Anspruchs	627
	III.	Ansprüche der Mutter aus Anlass der Geburt nach § 1615l	02,
	1111	Abs. 1 BGB, Abgrenzung zum Aufwand für das Kind	628
	IV.	Anspruchsinhalt nach § 16151 Abs. 2 S. 1, 2 BGB	629
	1 4.	Unterhalt wegen Schwangerschaft oder Erkrankung	629
		Unterhalt wegen Betreuung	630
		3. Überobligationsmäßige Erwerbstätigkeit	631
		4. Begriff der kind- sowie elternbezogenen Gründe a) Zeitliche Dauer des Anspruchs nach § 1615l	631
		Abs. 2 S. 3, 4 BGBb) Verlängerung der Betreuung über das	631
		3. Lebensjahr hinaus	632
		3. Lebensjahr des Kindes5. Weitere Gründe der Verlängerung des Anspruchs,	634
		Kosten der Betreuung	634
		6. Verfahrensmäßige Geltendmachung;	
		zeitliche Begrenzung, Beweislast	635
		verdrängten Anspruchs	636
		8. Keine kausale Verknüpfung zur Bedürftigkeit	636
		9. Rechtskräftige Feststellung der Vaterschaft,	
		streitige Vaterschaft	637
		a) Einstweilige Anordnung bei streitiger Vaterschaftb) Feststellung der Vaterschaft als Voraussetzung	637
		des Unterhaltsanspruchs	637

	10.	Bedürftigkeit, Konkurrenz zu anderen	
		Unterhaltsansprüchen	638
		a) Wegfall der Bedürftigkeit aufgrund	
		eigener Einkünfte	638
		b) Minderung der Bedürftigkeit einer	
		verheirateten Mutter aufgrund eines	
		Unterhaltsanspruchs gegen den Ehemann	638
		c) Konkurrenzen bei anschließender	
		Eheschließung eines anderen Mannes sowie	
		bei Anspruch auf Familienunterhalt	640
	11.	Bedarf der Mutter	641
		a) Anknüpfung an die Lebensstellung der	
		Unterhaltsberechtigten	641
		b) Berücksichtigung einer künftigen	
			642
	12.	Begrenzung des Bedarfs der Mutter auf	
		Halbteilungsgrundsatz, Bedarfsbestimmung bei	
		mehreren Ansprüchen auf Betreuungsunterhalt	643
		a) Anpassung durch BGH-Rechtsprechung	643
		b) Auswirkungen auf Bedarfsbestimmung bei	
		Konkurrenz der Ansprüche aus § 1570 BGB	
		sowie § 1615l Abs. 2 BGB	643
	13.	Berücksichtigung eigener Einkünfte der Mutter	644
	14.	Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen	644
		Einstweiliger Rechtsschutz zugunsten der Mutter	645
V.		uerliche Entlastung – außergewöhnliche Belastung	645
VI.	Ans	spruch auf Mehr- oder Sonderbedarf,	
	Vor	sorgeunterhalt	646
VII.	Anv	wendung der Härtefallklauseln	
	nac	h §§ 1579, 1611 BGB	647
VIII.	Ver	einbarungen nach § 1585c S. 1 BGB sowie	
	nac	h § 1614 Abs. 1 BGB	648
IX.	We	itere Fragen	648
	1.	Unterhalt für die Vergangenheit, Verzug, Auskunft,	
		Beweislast, Ersatzhaftung	648
	2.	Verjährung	649
	3.	Ersatzhaftung nach § 1615l Abs. 3 S. 2 BGB	649
X.		spruch des Vaters auf Betreuungsunterhalt	
		h § 16151 Abs. 4 BGB	650
XI.		rdigungskosten für die Mutter	650
XII	Too	l des Vaters. Tod und Fehlgeburt	650

M. Um	fang der Auskunfts- und Belegpflicht im Unterhalt	669
I.	Überblick über die materiell-rechtlichen Vorschriften	669
	1. § 1605 BGB als übergeordnete Vorschrift	
	für sämtliche Unterhaltsansprüche	669
	2. Überblick über die betroffenen	
	Unterhaltsrechtsverhältnisse	669
II.	Ergänzende Auskunftspflicht, Verhältnis zur	
	Darlegungspflicht	671
III.	Verweigerungsgründe; konkrete Bedarfsbestimmung,	
	Sättigungsgrenze, Ausnahmen	673
IV.	Auskunft im Verbund, gegenseitige Auskunftspflicht	674
V.	Umfang des Anspruchs aus § 1605 Abs. 1 BGB	675
	1. Systematische Aufstellung, ergänzende Auskunft,	
	eigenhändige Auskunft	675
	2. Erfüllung des Auskunftsanspruchs bei	
	Teilauskünften	676
	3. Auskunfts- und Belegpflicht eines	
	Gesellschafter-Geschäftsführers	677
	4. Beleganspruch als selbständiger Anspruch,	
	Vollstreckung	677
	5. Zeitraum	678
* * * *	6. Voraussetzungen zur Auskunft über das Vermögen	679
VI.	Abgabe der eidesstattlichen Versicherung,	
* ***	bedingte Antragstellung	680
VII	C C	680
VII	I. Stufenantrag bei nicht bestehendem Leistungsanspruch,	601
***	unterlassene Bezifferung	681
IX.	Zeitliche Eingrenzung der Auskunfts- und Belegpflicht	682
	1. Sperrfrist	682
V	2. Mehrjährige Erfassung	683
Χ.	Weitere Fragen zur Auskunftspflicht	684 684
	1. Grenzen der Auskunfts- und Belegpflicht	684
	Wert der Beschwer im Auskunftsverfahren	084
	I	686
XI.	auf Sozialhilfeträger	686
Λ1.		000
	Voraussetzungen der Pflicht zur ungefragten Information	686
	Sonderfall bei Unterhaltsvereinbarung	687
	 Sonderfall bei Unternaltsvereinbarung	00/
		688
XII.		000
7111	nach & 235, 236 FamEC	688

N.		gewählte Regelungsbereiche zur Bestimmung interhaltsrelevanten Einkommens	691
	I.		071
	1.	Ergänzende Altersvorsorge bei nichtselbständiger	691
		Erwerbstätigkeit	691
		1. Regelungsgrund	
		2. Keine bindende Anlageform	692
		3. Immobilie als Altersvorsorge	692
		4. Anerkennung nur bei tatsächlichen	(00
		Vorsorgemaßnahmen	692
		5. Vorsorgemaßnahme auch für Beamte	
		und Gesellschafter-Geschäftsführer	693
		6. Übersteigen der Beitragsbemessungsgrenze	693
	II.	Vorsorgeaufwendungen bei Selbständigen	694
	III.	Praktische Umsetzung des steuerlichen Realsplittings	
		nach § 10 Abs. 1a Nr. 1 EStG; unentgeltliche	
		Wohnraumüberlassung	694
	IV.	Verpflichtung zur Zustimmung zur	
		gemeinsamen Veranlagung zur Einkommenssteuer	696
	V.	Sachleistungen des Arbeitgebers – Dienstwagen	
		als geldwerter Vorteil	697
	VI.	Keine Berücksichtigung von Abschreibungen	
		bei Immobilien als Renditeobjekt	699
o.	Vere	inbarungen im Unterhaltsrecht – Überblick	701
	I.	Eingeschränkter Grundsatz der Privatautonomie	
		als Grundlage von Vereinbarungen im Bereich	
		des gesetzlichen Unterhalts	701
	II.	Zulässige Modifikationen des Familien- und	,
		Trennungsunterhalts, Umgehungsabrede	702
	III.	Grenzen der Dispositionsfreiheit – Inhaltskontrolle	, 02
		von Eheverträgen	705
		Grundlagen der Rechtsprechung des BGH	, 0)
		zum Kernbereich der Scheidungsfolgen	705
		Prüfungsfolge zur Inhaltskontrolle –	/0)
		Wirksamkeits- sowie Ausübungskontrolle	706
		3. Kriterien der Inhaltskontrolle	707
		4. Umfang der Wirksamkeitskontrolle	707
			/0/
		8 8	700
		Prüfungsmaßstab der BGH-Rechtsprechung	708
		6. Grundsatz des Nachteilausgleichs	710
		bei Ausübungskontrolle	710
		7. Beweislast	711

	8. Vertahrenstragen – Zwischenfeststellungsantrag	
	zur Prüfung der Wirksamkeit des Ehevertrags	711
	9. Auswirkungen von Ausgleichsleistungen	
	auf die Wirksamkeit eines Ehevertrags	712
	10. Wirksamkeit einer salvatorischen Klausel	712
	11. Weitere Rechtsprechung des BGH zur Inhaltskontrolle	
	zu Unterhaltsvereinbarungen – Überblick	713
	12. Wirksamkeitsprüfung von	
	Scheidungsfolgenvereinbarungen	713
IV.	Sittenwidrigkeit von Eheverträgen	714
V.	Notarielle Form von Vereinbarungen zum	
	nachehelichen Unterhalt	715
	1. Die Regelung des § 1585c S. 2 BGB	715
	2. Weitere Regelungen zur Erfüllung des Formzwangs	716
	3. Formzwang aufgrund anderer Regelungen	717
VI.	Verwandtenunterhalt	717
	1. Kein Formzwang bei Vereinbarungen	717
	2. Inhalt von Vereinbarungen zum Verwandten-,	
	insbesondere Kindesunterhalt	717
	a) Grundlagen	717
	b) Zulässige Vereinbarungen zum	
	Kindesunterhalt	718
	c) Weitere Fälle zulässiger Vereinbarungen	718
	d) Unzulässige Vereinbarungen zum	
	Kindesunterhalt	719
	3. Freistellungsvereinbarungen	720
tichwor	tverzeichnis	721